

Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2018

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 04.12.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,

Zuwächse im Haushalt im vierten Jahr unserer Amtsperiode haben wir wieder gemeinsam die erfreuliche Situation, dass die Eckpunkte des Haushaltsentwurfs sehr positiv sind. Auf hohem Niveau ist der Haushalt 2018 um etwas mehr als 1,4 Millionen Euro im Vergleich zum heurigen Jahr gesunken, der Reduktion von knapp 3,8 Millionen im Vermögenshaushalt mit seinen Investitionen steht ein Zuwachs im Verwaltungshaushalt von 2,3 Millionen gegenüber. Mit geplanten 15,22 Millionen haben wir dennoch den dritthöchsten Investitionsanteil der letzten 20 Jahre. Der Kämmerer Florian Sterr hat uns letztes Jahr beim Rekordhaushalt für 2017 angekündigt, dass die nächsten Jahre wieder etwas bescheidener sein werden. Wir freuen uns, dass diese Prognosen nicht vollumfänglich so eingetreten sind, da die Steuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen sich besser als erwartet entwickelt haben.

Jetzt könnten wir als Stadtrat zusammen mit dem Oberbürgermeister natürlich sagen, das liegt an uns. Wir machen gemeinsam eine super Politik, die sich dann in einem guten, soliden Haushalt niederschlägt. So einfach ist es natürlich nicht, es sind viele externe Faktoren, die hier zusammenkommen müssen, und die natürlich nur zum Teil von uns abhängen: Der Wirtschaft geht es gut, die Beschäftigungsquote ist hoch und der Anteil an der Einkommensteuer in der Stadt Deggendorf ist inzwischen höher als die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Wir freuen uns, dass es so ist, wir freuen uns, dass wir zum sechsten Mal seit 2013 keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen. Vieles kann also damit weiter gestaltet werden, nicht alles, was jetzt dazu im Haushalt steht, muss aber so kommen, wie es da steht, da werde ich noch ein Beispiel geben. Vielleicht sollten wir in den guten Zeiten noch stärker als in den letzten Jahren an die Rückzahlung der Schulden arbeiten.

Dank an Kämmerer, Wünsche für den nächsten Haushalt Der Kämmerer Florian Sterr hat uns in seinen vorbereitenden Präsentationen in der Fraktion und im Verwaltungsausschuss plausibel dargestellt, warum es doch nicht so stark nach unten gegangen ist, wie vor einem Jahr prognostiziert. Das war nachvollziehbar und seine Arbeit sehen wir als sehr seriös an und immer bemüht uns, dem Stadtrat, die Arbeit zu erleichtern, damit wir als ehrenamtliche Stadträte halbwegs in die Lage versetzt werden, die 2 kg Zahlen in einem dicken Ordner mit über 700 Seiten zu bewältigen. Wie es die Gemeindeordnung in Bayern vorschreibt, ermöglicht das uns, den 40 gewählten Stadträtinnen und Stadträten als „Vertretung der Gemeindebürger“ (GO Art. 30 (1) Satz 1) unseren Aufgaben gerecht zu werden,

- nämlich die Stadt zu verwalten (GO Art 29)
- und „die gesamte Gemeindeverwaltung zu überwachen, insbesondere auch die Ausführung unserer Beschlüsse.“

Mit dem Haushaltsentwurf sind die Voraussetzungen geschaffen, dass der Stadtrat mit seinem heutigen Haushaltsbeschluss den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung in die Lage versetzt, die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen im Jahr 2018 bewältigen zu können. Ganz herzlichen Dank von unserer Fraktion für Ihre Arbeit, Herr Sterr, Frau Strohmeier und an das ganze Team!

Die Defizite der AKDB-Software bringen es mit sich, dass wir nachwievor Wünsche an die Aufbereitung der Daten haben. Da hatte ich schon im letzten Jahr einige angemeldet. Doch manche Wünsche brauchen länger bis sie erfüllt werden. Warum, ist mir oft, aber nicht immer klar. Ich werde also daher die nicht erfüllten Wünsche aus dem letzten Jahr wiederholen, in der Hoffnung, dass es bis zum nächsten Jahr dann klappt.

1. Wir wünschen uns auf 2-, 3- und auf 4-stelliger Ebene der Gruppenschlüssel die Summation der Zahlen aus den verschiedenen Einzelplänen. Die Gruppenschlüssel sollten auf jeden Fall durchgesehen und gegebenenfalls überarbeitet werden: Z.B. sollte man für Software-Dienstleistungen einen eigenen Code z.B. 6557 definieren, statt dies verwirrend unter 6550 „Sachverständigenkosten, Gerichtskosten u.ä.“ zu verbuchen. Wir wollen gerne auf einen Blick erkennen können, wie sich – um in diesem Beispiel zu bleiben – über alle Einzelpläne hinweg die Gerichtskosten entwickeln, wie sich die Sachverständigenkosten entwickeln – oder eben die Software-Dienstleistungen. Über die 4. Stelle hat Herr Sterr ja die Verfügungsgewalt.
2. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass man prüfen möge, ob man künftig nicht nur PDF-Dateien elektronisch den Stadträten zur Verfügung stellen kann, sondern ein System zur Abfrage, Zusammenfassung und zu Statistiken zu den einzelnen Positionen und Werten. Oder aber wenigstens eine Excel-Tabelle mit all den Zahlen!
3. Wünschenswert wäre auch Folgendes: Unserer Kontrollaufgabe könnten wir leichter nachkommen, wenn alle Haushaltsansätze nach ihrer Art z.B. farblich gekennzeichnet würden. Unter Art meine ich hier, ob sie vom Stadtrat oder einem seiner beschließenden Ausschüsse schon beschlossen wurden, – das wird ja derzeit in den erläuternden Fußnoten angegeben – ob ein solcher Posten nur bereitgestellt ist und dann noch vom Stadtrat oder von einem Ausschuss als Maßnahme zusätzlich erst beschlossen werden muss und schließlich solche Ansätze, die dem Herr Oberbürgermeister auf Grund seiner ihm von uns in der Geschäftsordnung eingeräumten Kompetenz eigenständiges Handeln erlauben.

Nachfragen zum Haushalt in der Sitzung des Verwaltungsausschusses Schon zum zweiten Mal habe ich den Haushaltsentwurf ausschließlich elektronisch durchgearbeitet. Arbeitet man sich ernsthaft durch diese über 700 Seiten, dann gibt es normalerweise eine Reihe von Fragen und Anmerkungen, zumindest bei mir. Bei mir waren es z.B. 67 Stück im Verwaltungshaushalt und 24 Stück im Vermögenshaushalt. Neben einigen Lesezeichen zum schnelleren Finden von wichtigen Themen, führte das zu einer Vielzahl von Nachfragen in der Vorberatung im Verwaltungsausschuss. Z.B. was versteckt sich, wenn es keine Anmerkung gab, an einem Zuwachs oder hinter der Abnahme von Einzelzahlen? Ähnlich wie mir erging es den Kollegen Heilmann von den Grünen, Lorenz von der SPD und Tremel von der WAN, die alle eine mehr oder weniger lange Liste von Nachfragen hatten. Da kam ich dann schon ins Grübeln, denn von den 8 CSU-Vertretern im Verwaltungsausschuss und dem Vertreter der Jungen Liste gab es keine einzige Nachfrage. Wie kann das sein?

Vermutlich wurden in der gemeinsamen Fraktion von CSU und Junger Liste in der kurzen Zeit zwischen der Übergabe des Entwurfs am Freitag und der Fraktionssitzung von den CSU/JL-Stadträten am nächsten Tag all die vielen Fragen notiert und dann von Herrn Sterr dort schon beantwortet. Oder aber, die CSU/JL-Kollegen sind einfach viel tiefer als wir von der Opposition in der Materie drin, wissen sofort was sich hinter jeder einzelnen Zahl im Haushalt verbirgt und haben daher schlicht keine Fragen. Wir versprechen Ihnen, dass wir uns bemühen werden, Ihrem Beispiel in dieser Hinsicht in der Zukunft zu nachzueifern, denn die dritte Möglichkeit, dass die CSU/JL-Vertreter den Haushaltsentwurf gar nicht in der notwendigen Tiefe gelesen haben und daher keine Fragen hatten, das können wir uns nun wirklich nicht vorstellen.

Verwaltungshaushalt

Einzelplan 2 Schulen

Hier hat sich nichts wesentliches zu 2017 verändert. Für die Schulen, deren Träger die Stadt Deggendorf ist, geben wir 3,5 Millionen Euro aus, wobei wir 1 Million an Zuschüssen und anderen Einnahmen erhalten, so dass wir hierbei allein 2,5 Millionen Euro für die Deggendorfer Kinder investieren. Interessant wäre es einmal, die einzelnen Positionen

je Schule pro Kinderzahl und pro Klassenzahl zu vergleichen. Nur so könnte man etwaige Handlungsnotwendigkeit erkennen. Das wollen dann aber auf jeden Fall bei der Jahresrechnung 2017 im kommenden Frühjahr tun!

Einzelplan 3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Im Unterabschnitt 3400 gibt es unter der Gliederungsnummer 6319 einen Ansatz von 60.000 Euro für die Durchführung kultureller Veranstaltungen der Stadt. Das ist ja grundsätzlich erfreulich und es ist notwendig, dass wir uns hier insgesamt weiterentwickeln. 2017 wurde einmalig von 35.000 Euro 2016 um 15.000 Euro für 3 Tage Kino am Hochschulcampus auf 50.000 Euro erhöht. Jetzt soll einmalig um 10.000 Euro für den Gautrachtentag auf 60.000 Euro erhöht werden. Ich fragte mich, wo werden wir enden, wenn wir jedes Jahr einmalig die Gesamtsumme erhöhen und das dann aber beibehalten? Die Frage dazu wurde aber befriedigend beantwortet, da nämlich inzwischen andere Aktivitäten zufällig in der Höhe der 15.000 Euro eingeplant wurden. Das ist ein Beispiel, wo man den Haushaltsentwurf von Anfang transparenter gestalten kann in dem man gleich alle Projekte auflistet.

Operntage Der niederbayerische Gautrachtenzug 2018 in Deggendorf ist sicher eine kulturelle Bereicherung für unsere Stadt. Der Kulturbegriff ist sehr weit und das ist gut so, da passen natürlich auch die Trachtenvereine hinein, auch insofern unterstützen wir gerne die 10.000 Euro, die der Herr Oberbürgermeister dafür in den Haushalt hat hineinschreiben lassen. Ganz verstehe ich allerdings nicht, warum die Anträge anderer Vereine oder Fraktionen wie die Hubertusschützen Maxhofen oder die Bergschützen Seebach zur Förderung ihrer neuen Schießanlagen, oder der Kunstrasenplatz des TSV Natternbergs im Verwaltungsausschuss diskutiert und entschieden werden, nicht aber ein Antrag des Trachtengaus Niederbayern. Herr Oberbürgermeister, da müssen wir noch gemeinsam an nachvollziehbaren Kriterien arbeiten, was extra vorab mit eigenem Tagesordnungspunkt diskutiert und beschlossen wird und was nicht!

Und dann unser Antrag zur Durchführung von Deggendorf Operntagen nach fast 20 Jahren Abstinenz zur Nachholung der kulturellen Weiterentwicklung von Deggendorf. Im schlimmsten, aber unwahrscheinlichen Fall kostet uns eine Oper auch 10.000 Euro – so wie der Trachtenzug. Bei einer Oper hat die CSU und insbesondere die Kollegen Linsmaier und Hohenberger aber größte Bauchschmerzen für eine angeblich exklusive Veranstaltung und unser Antrag wurde von der CSU zerredet. Das Spektrum der Kultur ist sehr weit, vom Trachtenverein bis zur Opernaufführung, und das sollten wir nicht gegeneinander ausspielen, sondern alle berechtigten Bedürfnissen versuchen zu erfüllen. Für mich und viele andere ist ein Trachtenumzug auch etwas Exklusives! Kultur wird immer dann ihre Exklusivität verlieren, wenn man sie zugänglich macht! Immerhin ist der von uns beantragte Betrag nun im Haushalt aber eingestellt und Herr Hille ist ja jetzt erfreulicherweise bereit, damit Deggendorfer Operntage zu veranstalten und das wird sicher auch den Gefallen der CSU im Aufsichtsrat und Kulturausschuss finden, noch dazu, da die großen Sorgen des Kollegen Wellner unsere Stadttalle sei zu klein für Opern wie den Fliegenden Holländer, zerstreut werden können. Denn unsere Bühne in der Stadthalle ist größer als die Bühne in Passau und der Orchestergraben reicht auch aus!

Erfreut haben wir auch ein paar Tage später zur Kenntnis genommen, dass der Intendant der Europäischen Wochen Passau, Bariton Thomas Bauer nun ein kulturelles Netzwerk mit Passau – Deggendorf – Straubing plant, der stößt damit in das gleiche Horn wie wir mit unserem Antrag. Das werden wir uns anschauen und hoffentlich werden wir diesen alles andere als „exklusiven“, sondern integrativen Ansatz von Herrn Bauer auch seitens der Stadt unterstützen können, 20.000 Euro werden dafür aber nicht reichen! Denn liebe Kollegen und Kolleginnen von der CSU, gute Kulturangebote sind ein harter Standortfaktor für eine Stadt, die ein Oberzentrum sein will!

Überprüfung uralter Beschlüsse Anlässlich des laufenden Zuschuss von 6.500 Euro an den Kirchenchor Mariä Himmelfahrt und von 3.500 Euro an den von St. Martin auf Grund eines Beschlusses von 01.12.1992 hatte ich letztes Jahr gefordert, solche Uralt-Posten der Revision zu unterziehen und dem Stadtrat bzw. einem zuständigen Ausschuss zur erneuten Beratung vorzulegen. Letztes Jahr war ich dann noch der Ansicht, dass der Herr Oberbürgermeister erfreulicherweise diesen Punkt bereits aufgegriffen hatte und die Verwaltung entsprechend angewiesen hatte. Konsequenzen aus dieser Anweisungen sieht man leider jedoch noch nicht, so dass ich auch heuer das wieder anspreche: Grundsätzlich sollten wir solche Beschlüsse mit potenzieller Langzeitwirkung ab sofort mit einem Verfallsdatum versehen bzw.

je nach Art mit einem Wiedervorlagedatum. Zum Beispiel bei den Kirchenchöre: Hier ist es richtig und wichtig, wenn Konzerte für die breite Öffentlichkeit veranstaltet werden, dass diese entsprechend von der Stadt gefördert werden, aber nicht grundsätzlich und pauschal von vorneherein, sondern antrags- und projektbezogen!

Naturschutz und Landschaftspflege Der Unterabschnitt 3600 Naturschutz und Landschaftspflege in diesem Einzelplan ist komplett leer, da gibt es nicht im Verwaltungshaushalt. Als Zeichen nach außen sollten wir hier gemeinsam überlegen, ob man da nicht die eine oder andere Maßnahme einbringen könnte.

Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

Im Unterabschnitt 6853 werden für das Parkdeck Ackerloh wieder Verluste von 360.900 Euro in Ansatz gebracht, in etwa so hoch wie die beiden Jahre zuvor, ein Vielfaches von dem was uns die anderen Tiefgaragen kosten. Angeblich sollen ja da die Nutzungszahlen höher werden, das müsste sich aber irgendwann mal in den Zahlen niederschlagen, bis jetzt offensichtlich noch nicht. Die hohe Summe ist nachvollziehbar, denn der große Anteil davon sind Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals, nicht aber, dass es keine signifikante Abnahme gibt. Die Kosten für das Parkdeck Ackerloh als Nachfolgekosten der Landesgartenschau belaufen sich damit jährlich auf mehr als 63 % der Kosten, die die Stadthallen als Kultur- und Kongresszentrum verursachen. Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das macht jetzt mir z.B. Bauchschmerzen.

Vermögenshaushalt

Einzelplan 0 Allgemeine Verwaltung

Hier wird die Sanierung des Alten Rathauses mit 200.000 Euro weiter fortgesetzt, erstaunlicherweise aber nur im ersten OG, da hatten wir doch auch Überlegungen zum EG angestellt, die jetzt erst, so habe ich vorhin vernommen, erst 2019 kommen wird. Waren letztes Jahr noch lediglich 85.000 Euro für die Erneuerung der Duplexgaragen im Neuen Rathaus angesetzt, so sind es nun weitere 125.000 Euro für die Erneuerung des Parksystems Tiefgarage. Parkgaragen sind uns halt immer viel Geld wert. Das wurde auch gar nicht weiter diskutiert, die CSU hat da offensichtlich bei Autos keine Bauchschmerzen.

Einzelplan 2 Schulen

Beim Einzelplan Schulen begrüßen wir, dass hier 90.000 Euro für eine städtebauliche Zukunftsplanung im Bereich der Theodor-Eckert-Schule vorgesehen ist und 2018 durchgeführt werden soll.

Einzelplan 5 Gesundheit, Sport, Erholung

Hier investieren wir 30.000 € als Kostenbeteiligung zum Wiederaufbau eines historischen Berghofes. Das sehe ich als weitere gute Kulturinvestitions und begrüße das sehr. Die Position steht aber erstaunlicher Weise im Unterabschnitt Ruselfunktionshaus des Einzelplans 5 Gesundheit, Sport, Erholung.

Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

Hier haben wir im Unterabschnitt 6151 einen Zuwachs von 60.000 Euro um 600.000 Euro auf 660.000 Euro beim Fassadenförderprogramm. Da bekommen wir zwar wieder 60 % vom Freistaat zurück, aber das sind alles Steuergelder

und da haben wir verantwortlich damit umzugehen. Für was brauchen wir 600.000 Euro mehr als Ansatz im Haushalt? Da erwartet die Verwaltung einen Antrag der Fa. Erl, die bei der Fassadenneugestaltung des Erl-Gebäudes am Oberen Stadtplatz 2 Mill Euro investieren will, ja, Sie haben richtig gehört, 2 Millionen allein für die Fassade. Maximalförderung wären 30 % und so kommt der Herr Oberbürgermeister und die Verwaltung auf 600.000 Euro mehr. Noch ist hier damit nichts entschieden und keine Vorentscheidung gefallen. Da lege ich jetzt Wert auf diese Feststellung. Aber da werden wir dann, wenn es so weit ist, noch einiges diskutieren müssen: Allein die Frage wie die Investitionskosten bei einem Bauunternehmen, dass das i.w. selbst machen wird, seriös festgestellt werden können, ist berechtigt. Ich darf aber heute schon daran erinnern, welche Ziele das Fassdenprogramm verfolgt:

„Zweck ... ist die Erhaltung des eigenständigen Charakters der Stadt Deggendorf. Die Bewahrung und Wiederherstellung der historischen Innenstadt ist ein städtebauliches, kulturelles und gesellschaftliches Anliegen und steht im Interesse der Allgemeinheit.“

Inwieweit die Neugestaltung des Kaufhausklotzes dieses Kriterium der Wiederherstellung der historischen Innenstadt erfüllt, wird dann zu bewerten sein. Jedenfalls besteht keinerlei Anspruch auf eine Förderung, und schon gar nicht auf den Höchstbetrag von 30 % der Kosten. Das Fördervolumen in einem Jahr wird übrigens nach dieser Satzung im Haushalt festgelegt, man hätte also hier schon mal nicht den Maximalbetrag wählen müssen. Wir stellen aber dennoch keinen Antrag auf Reduktion im Ansatz, warum, wird gleich noch klar werden.

Straßensanierung Ausdrücklich positiv hervorheben möchte ich die Straßensanierungspolitik der Stadt Deggendorf. Da wird eben nicht gewartet bis nach 30-40 Jahren die Teerdecke mit 5-6 cm komplett erneuert werden muss, sondern man macht das entsprechend früher, so dass nur maximal 3 cm Teerdeckensanierung notwendig ist und daher das Damoklesschwert einer Anwendung einer Straßenausbausatzung gar nicht erst droht. Das ist vernünftige Politik von uns für die Bürgerinnen und Bürger. Es wäre wünschenswert, wenn das auch einmal von den Medien herausgearbeitet werden würde! In der Landespolitik versuchen die FREIE WÄHLER ja das Instrument der Straßenausbausatzung, das vor Ort nur Ungerechtigkeiten und Ärger nach sich zieht, generell abzuschaffen und ein Volksbegehren dazu in Gang zu setzen.

Grunderwerb der Stadt Mit 1,6 Millionen Euro Ansatz für Grunderwerb bleibt das 2018 so wie 2017. Letztes Jahr hatte ich dazu beantragt, dass die Verwaltung uns ab 2017 jährlich nicht-öffentlich eine Liste aller Käufe und Verkäufe in einem Kalenderjahr zusammenstellt. Nur so können wir insgesamt beurteilen, ob diese Chancen zum Grunderwerb gut genutzt werden. Die Bitte um eine solche Übersicht erneuere ich hiermit.

Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft

Kreditaufnahme und Schulden Hier nehmen wir wieder so viele Kredite auf wie wir tilgen, also Umschuldungen, aber keine Netto-Kreditaufnahme – und dann verwendet man nicht verbrauchte Haushaltsmittel zur weiteren Tilgung. Im Jahr 2016 hat sich auf diese Weise der Schuldenstand weiter von 35,852 Mill. Euro um ungefähr 700 Tausend Euro auf 35,151 Mill reduziert, das ist eine Reduktion um 28 Euro und 8 Cent pro Einwohner auf jetzt noch 1.085,71 Euro pro Einwohner- Da wäre eigentlich mehr drin, gerade in den jetzt guten Zeiten! Es stellt sich daher die Frage, ob man das nicht nur dem Zufall von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln überlassen will, ich meine eigentlich: Nein. Auf jeden Fall können wir festhalten, dass jeder Euro, den wir beim Haushaltsansatz Fassadenprogramm nicht ausgeben, in die Schuldentilgung zu Gunsten unserer Kinder und den nachfolgenden Generationen investiert werden wird. Daher beantragen wir auch keine Reduktion dieses dort deutlich überhöhten Ansatzes.

Gewinnausschüttungen der Sparkasse Vielleicht können ja auch unsere Vertreter im Verwaltungsrat unserer Sparkasse, OB Dr. Moser, Ali Schraufstetter und Magret Tuchen darüber nachdenken, ob man nicht doch einmal die eine oder andere Million aus den Gewinnen der Sparkasse gemäß den gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten ausschütten könnte, anstatt sie übertrieben zur weiteren und unnötigen Erhöhung der schon sehr hohen Eigenkapitalquote zu verwenden! Das weitere Horten von Millionen bei der Sparkasse nicht notwendig ist, das hat uns Bankenprofessor Dr. Guido Eilenberger im Mai beim 1. Deggendorfer Bürgerforum für lebendige Demokratie und Toleranz e.V. erneut eindringlich bestätigt. Das Geld könnte dann für gemeinnützige Aufgaben der Stadt verwendet werden und die dadurch

freiwerdenden Beträge zum Schuldenabbau! Sie drei haben hier eine große Verantwortung!

Inhalte und Ziele der Kommunalpolitik

Die Zahlen des Haushalts sind wichtig, denn nur mit entsprechendem Geld können die eigentlichen Ziele der Kommunalpolitik zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden. Im vergangenen Jahr haben wir wieder eine ganze Reihe von Projekten und Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Fraktion der FREIE WÄHLER unterstützt und mit beschlossen hat und die jetzt ihren Niederschlag im Haushalt 2018 gefunden haben. Ich zähle nur einige beispielhaft auf:

- Erweiterung dahingehend, den Kindergarten in Fischerdorf gleich mit vier Gruppen zu bauen.
- Städtebaulicher Wettbewerb und Start der Bauleitplanung Schachinger Gärten.
- Zustimmung zum Bebauungsplan Nördlicher Stadtgraben und zum Bebauungsplan Sondernutzung Graflinger Straße.
- Erweiterung der Neukonzeption einer Dauerausstellung zur Stadtgeschichte im Stadtmuseum.
- Beschlussfassung zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans.
- Beschluss zum weiteren Vorgehen beim ÖPNV durch Vorabbekanntmachung und Direktvergabe nach Auslaufen des jetzigen Vertrags zur gemeinwirtschaftlichen Betrieb der 3 Hauptlinien des Stadtbusverkehrs.
- Erweiterung des Breitbandausbaus zur Abdeckung der letzten 2 % des Stadtgebiets mit schnellem Internet.

Ziele der FREIEN WÄHLER, die bislang nicht im Haushaltsplan stehen Heute ist aber auch die Gelegenheit, gesammelt die vielen Punkte aufzuzählen und in Erinnerung zu rufen, zu denen bislang, aber das kann sich ja hoffentlich ändern, die Mehrheit des Stadtrats noch keine Offenheit gezeigt hat. Was wäre also nach unserer Auffassung für Deggendorf noch zu erreichen?

- **Transparenz** Initiativen zu mehr Transparenz des politischen Handelns sind nachwievor nötig. Letztes Jahr hatte ich angeregt, dass immer vor jeder Stadtratssitzung auf der ersten Seite der Homepage der Stadt unter der Rubrik „Bürger - Rathaus - Politik“ diese mit Verknüpfung auf die Tagesordnung angekündigt wird. Das ist bislang nicht erfolgt, so dass ich heuer das erneut als Forderung auf den Tisch lege. Das wäre doch eigentlich die geringste Anstrengung, den Bürgern imd Bürgerinnen Hinweise zum kommunalpolitischen Geschehen zu geben.

Erfolgreich haben wir heuer mit einem Antrag zur Umsetzung der Vorgabe der Bayerischen Gemeindeordnung es geschafft, dass nun ab 01.01.2018 bei jedem nicht-öffentlichen Beschluss die Gründe für die Nicht-Öffentlichkeit festgehalten werden und insbesondere Kriterien beschlossen werden, wann diese Gründe wegfallen, so dass dann diese Beschlüsse auch gesetzeskonform bekannt gegeben werden.

- Was wir aber nicht unter Transparenz verstehen, sei an einem kleinem Beispiel erläutert: Zum Neujahrsempfang der Stadt wurde die Rede des Finanzministers Söder im Alten Rathaus live ins Internet übertragen, sehr gute Idee! Wurde aber weder auf der Internetseite noch im Facebook der Stadt angekündigt. Das war wohl sehr kurzfristig und bedurfte erst noch der Zustimmung von Herrn Söder. Die Übertragung war dann aber auch weder im Internet noch im Facebook der Stadt Deggendorf. Nein, man konnte sie nur auf der privaten Facebookseite von Christian Moser verfolgen! Hier lag eine unzulässige Vermengung von privaten und dienstlichem vor. Wir haben die Kommunalaufsicht eingeschaltet, die schließlich auf 2 Antwortseiten rumwürgend das doch als zulässig erklärt hat, denn – so deren Argumentation – die zunächst durchaus private Facebookseite des Herrn Oberbürgermeisters, auf der offizielle Übertragungen der Stadt nicht zulässig wären, hätte sich – man glaubt es kaum – inzwischen zu einer dienstlichen Facebook-Seite gewandelt – und damit ist nun alles in bester Ordnung. Das war anscheinend selbst dem Herrn Oberbürgermeister zu viel des Guten, denn, wenn ich das recht sehe, gibt

es nun doch eine weitere Christian-Moser-Seite in Facebook mit dem Namen „@OBChristianMoser“ und diese Trennung ist gut so!

- **Informationsfreiheitssatzung** Eine Informationsfreiheitssatzung, die allen Bürgern das Recht einräumt zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt Informationen zu erhalten, ist sinnvoll und halten wir weiter für nötig!
- **Bauleitplanung:** Der Entwurf der Aufstellung von Bebauungsplänen und der Bearbeitung der Einwände in einer Abwägungstabelle sollen möglichst vom Bauamt selbst erarbeitet werden. In Ausnahmefällen, wenn eine Beauftragung eines Architekturbüros dazu notwendig ist, darf dieser Auftrag in keinem Fall mehr dem Architekten eines Bauherrns in diesem Gebiet übertragen werden. Wir haben es erlebt, Interessenskonflikte zwischen den Interessenten der Bauträger und dem uns allein zu interessierenden und festzustellenden öffentlichen Interesse sind in solchen Konstellationen unvermeidbar!
- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks der städtischen GmbHs** Mühsam nährt sich das Eichhörnchen: Unsere Kritik über die Gestaltung der Beteiligungsberichte der Stadt über die städtischen GmbHs hat dazu geführt, dass man begonnen hat nun auch mehr oder weniger die vorgegebenen öffentlichen Zwecke und Ziele wenigstens zu benennen. Noch immer fehlt es zumeist aber am gesetzlich vorgegebenen Punkt, wie es mit der „Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ im Berichtsjahr gestanden hat. Wir sind weiter der Ansicht, dass der von Stadt zu erstellende Beteiligungsbericht – das kann gar nicht anders sein – vom Stadtrat beschlossen werden muss, denn nach der Gemeindeordnung verwaltet der Stadtrat die Stadt und nimmt nicht nur Entwürfe der Stadtverwaltung zur Kenntnis, wenn es im Gesetz heißt, „die Stadt erstellt einen Beteiligungsbericht“.

- **Entwicklung einer echten Bürgerbeteiligungskultur** Ich wiederhole, was ich letzten Jahr gesagt habe: Begegnungen des Oberbürgermeisters mit den Bürgerinnen und Bürgern und Abhalten von Bürgerversammlungen ist gut, ist aber noch lange nicht Bürgerbeteiligungskultur! Auch dann nicht, wenn man diese zu Show-Events mit einem Show-Master „weiterentwickelt“.

Sondern: Die Bürgerinnen und Bürger werden in einem Prozess eingebunden zu einem Thema, das noch nicht entschieden ist. Dort können sie ihre Gedanken und Ideen einbringen und zur Lösungsfindung beitragen. Selbstverständlich bleibt die letzte Entscheidung beim Stadtrat.

- **Zielvorgabende Stadtratsdiskussionen** Gedanklich hat bei uns – so mein Eindruck – die Vorgabe in der Bayerischen Gemeindeordnung in Artikel 47 mit der Überschrift „Sitzungszwang“ in Absatz 1, nämlich „Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen.“ die Interpretation erfahren, dass man immer entscheidungsreife Gegenstände zu beschließen hat, oder aber eben nur etwas zur Kenntnis nimmt. Dabei geht es in diesem Artikel, das sagt schon die Überschrift, vor allem darum, dass es keine Umlaufbeschlüsse geben darf, sondern dass wir hier in Sitzungen zusammenkommen, transparent nach außen und gemeinsam die noch offenen Punkte klären – und nicht im stillen Kämmerlein der Fraktionen und insbesondere auch nicht bei der Mehrheitsfraktion von CSU und Junger Liste. Dafür lohnt es sich auch Zeit einzuplanen! Was uns fehlt – und das haben wir in einigen nicht-öffentlichen Sitzungen durchaus praktiziert – sind viel öfter breite Grundsatzdiskussionen zu nicht schon fertigen Themenfeldern. Diese könnten dann in Festlegungen und zielvorgabenden Aufträgen an die Stadtverwaltung münden.

Die eine oder andere Fraktion berät Grundsätzliches bisweilen in einer Fraktionsklausur. Da wäre vielleicht auch einmal zu überlegen, ob man dazu nicht einmal auch eine Stadtratsklausur ansetzt, auch der nächste Punkt wäre dafür geeignet:

- **Ziele der Entwicklung der Stadt gemeinsam festlegen** Das grundsätzlich wichtigste Beispiel wären aber Zielvorgaben für das was man unter dem Begriff „Entwicklung der Stadt“ versteht. Da habe ich nachwievor den Eindruck, dass man da automatisch unter Entwicklung subsumiert, dass man da oder dort wieder etwas bauen kann, da oder dort ein Gewerbe ansiedelt und dass man insgesamt wächst. Vielleicht gibt es aber ganz andere zukunftsfähige Entwicklungsziele. Ich nenne ein paar mögliche solche Stadtentwicklungsziele:

– Generationsübergreifendes Miteinander im Zusammenleben der Menschen.

- Offensiver und positiver Umgang mit den ökologischen Herausforderungen, insbesondere auch hinsichtlich unserer Mitverantwortung im ganzen Donauraum.
- Ausgewogenes Zusammenspiel von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Stadtentwicklung.
- Sparsamer Flächenverbrauch mit Verdichtungskonzepten, die nicht nur von den Interessen der Bauinvestoren getrieben sind, da brauchen wir, Herr Kollege Lorenz, keine KPE-Fraktion¹, die 6 Fraktionen hier im Haus reichen dafür aus.
- Ziehen von roten Linien nicht nur beim Klosterberg.
- Breite kulturelle Weiterentwicklung der Stadt.
- Konsolidierung des Bestehenden statt Setzen auf unbedingtes Wachstum: Qualität vor Quantität!
- Entgegenwirkung der Politik- und Demokratieverdrossenheit durch Bürgerbeteiligungskonzepte.
- Intelligente Konzepte der Mobilität und zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels.

Über solche Ziele sollten wir uns – und das sehe ich als wichtige gemeinsame Aufgabe – vorab verständigen und die Weichen dafür stellen. Auch dazu wäre ein Bürgerbeteiligungsprozess wie es uns andere Städte vormachen sinnvoll und hilfreich!

Resümee

Ich ziehe das Resümee meiner Ausführungen zu den konkreten Zahlen des Haushaltsentwurfs und zu Aspekten der Kommunalpolitik in dieser Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, auch heuer wird die Fraktion der FREIEN WÄHLER dem vorgelegten Haushaltsentwurf für 2018 zustimmen. Wir tragen damit gemeinsam Verantwortung für diese Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinsam haben wir einiges erreicht. Vieles bleibt weiter zu tun. Der Schlüssel zum weiteren Erfolg dazu – das habe ich aufgezeigt – ist aber ein stärkeres künftiges Miteinander in der gemeinsamen Aufgabe der Gestaltung der Stadtpolitik zum Wohle der Stadt Deggendorf und ihrer Bürgerinnen und Bürger – und zwar schon vom Ansatz her und nicht erst zur Verabschiedung – um nicht zu sagen zum Abnicken – fertiger Beschlussvorgaben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

¹Karl, Penzkofer, Erl